

sicht schade ist, weil für mich immer noch der letzte Zweck von Politik ein Mehr an Kultur ist und nicht ein Weniger an Kultur.

(Beifall bei der PDS - Dr. Kamm, CDU/DA: Gucken Sie sich doch an, was da noch an Kultur da ist!)

Erwähnt wurden bereits die zwei Bestimmungen, die die Ent-eignung der PDS vorsehen und sie im Wahlkampf beschränken, wobei natürlich übergangen wird, daß, wenn wir uns auf die Mit-gliedsbeiträge hier aus der DDR stützen, uns natürlich die Part-ner aus der BRD fehlen. Da gibt es ja jetzt gerade erst eine Partei, die nicht über entsprechende finanzielle Mittel verfügt. Es läuft also auf eine einseitige Beschränkung hinaus, spricht aber im-merhin dafür, daß man uns im Wahlkampf sehr ernst nimmt.

Nun noch drei weitere Hinweise, die ich für sehr wichtig halte: Es bleibt dabei, daß mit dem Vertrag eine Anzahl gesetzlicher Bestimmungen beschlossen werden soll, die das Parlament überhaupt nicht kennt, die zum Teil erst noch ausgearbeitet wer-den. Und ich wüßte nicht, wer sich eigentlich hier in der Zwi-schenzeit soviel Vertrauen erworben hat, daß wir im Ernst Rechtsvorschriften ratifizieren und bestätigen können, die wir noch nicht einmal kennen, die wir noch nicht einmal gesehen ha-ben und die zum Teil erst noch ausgearbeitet werden.

(Beifall bei der PDS)

Ein zweiter Gesichtspunkt: Das Rehabilitierungsgesetz wird überwiegend nicht übernommen. Also neue Verhältnisse kenne ich nicht, ich kenne nur das, was im Gesetz steht. Und nach den demokratischen Veränderungen war es auch zeitlich noch nicht möglich, dieses Feld angemessen moralisch und materiell in der DDR selbst zu klären. Und nun wird es eben zum beachtlichen Teil von der westdeutschen Regierung abgelehnt und das kann ich überhaupt nicht akzeptieren.

Nach wir vor sind viele Eigentumsfragen nicht eindeutig geklärt. Und was schlimmer ist, daß selbst soweit es positive Rege-lungen gibt, diese zumeist nicht gesichert sind.

(Dr. Krause, CDU/DA: Wenn Sie das Geld geben, Herr Gysi, ist die Sache geklärt.)

Bestandteil des Vertrages ist eine Denkschrift. Zu Artikel 45 des Vertrages wird dort verbindlich interpretiert - und da würde ich Sie mal bitten nachzusehen, was dort steht -, daß dieser Arti-kel zunächst davon ausgeht, daß es sich um einen völkerrechtli-chen Vertrag handelt, wie üblich, mit der Deutschen Demokrati-schen Republik. Und dann steht darin: Aus dem Absatz 2 ergibt sich aber, daß es sich um normales Bundesrecht handelt, so daß auch der Bundesgesetzgeber es jederzeit ändern kann oder mit zwei Einschränkungen, nämlich hinsichtlich dessen, was befrif-tet ist und hinsichtlich dessen, was Gegenstand des Grundge-setzes wird. Das heißt, daß die meisten Regelungen in diesem Vertrag - da können wir jetzt noch aushandeln und Absichtser-klärungen abgeben, solange wir wollen - sowieso vom Deut-schen Bundestag geändert werden können, jederzeit, wann im-mer er es will.

(Dr. Krause, CDU/DA: Rechtsnachfolger, Herr Gysi.)

Und das heißt, das Ganze ist auch noch völlig unverbindlich. Und das ist eben der Unterschied, ob man sich anschließt nach Artikel 23 oder ob man einen völkerrechtlich gesicherten Weg über den Artikel 146 geht.

(Zuruf: Das wußten Sie doch vorher!)

Und da wird auch deutlich, warum Sie ihn nicht wollten.

(Protestrufe, vor allem bei CDU/DA und DSU - Beifall bei PDS)

Erschütternd ist, daß die Hinweise des Zentralrates der Juden in Deutschland - ich bin sofort fertig, Herr Präsident - und sei-nes Vorsitzenden unberücksichtigt blieben. Kein klares Be-kenntnis zur Verantwortung aus der Geschichte für die Zeit des Faschismus zwischen 1933 und 1945 und in der Denkschrift - wie bei DSU-Rednern auch vorhin wieder festgestellt - der unzuläs-sige Vergleich zwischen Opfern dieser Zeit und der Zeit in der

DDR, was Herr Galinsky zutreffend als Verhöhnung der Opfer des Faschismus bezeichnet hat.

(Herabwürdigung der Opfer des Stalinismus!
Zuruf von CDU/DA)

Es schadet übrigens auch den wirklichen Opfern des Stalinis-mus, und es ist außerdem besonders zynisch, wenn gleichzeitig das Rehabilitierungsgesetz derart zusammengestrichen wird.

(Beifall bei der PDS)

Kurzum, dieser einseitige Kohlsche Weg zum Anschluß der DDR, bei dem Bürgerinteressen klein- und die Interessen der NATO und der Konzerne großgeschrieben wurden, kann un-möglich unsere Zustimmung finden. Es ist eben sehr ungünstig, wenn bestimmte Vertreter der Regierung der DDR in die Situa-tion kommen, zeitgleich mit diesem Vertrag ihre eigene Zukunft innerhalb der Bundesrepublik oder in ihrer Nähe verhandeln müssen. So etwas sollte man in Zukunft nicht mehr zulassen.

(Beifall bei der PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächstes spricht für die Fraktion der F.D.P. der Abgeord-nete Schmieder.

Dr. Schmieder für die Fraktion der F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Stellungnahme zum Einigungsvertrag der F.D.P. zur 1. Le-sung vor einer Woche verbanden wir unsere generelle Zustim-mung mit der kritischen Anmerkung, manche Passage, manche Regelung hätte sorgfältiger behandelt werden müssen.

Die Nachbesserungen, die inzwischen erfolgten, bestätigen uns in der Überzeugung, daß noch weitere Punkte hätten aufge-nommen bzw. präziser festgeschrieben werden können bzw. müssen, wenn mehr Konsequenz an den Tag gelegt worden wä-re, wenn die Verhandlungsführer Vorschläge und Kritik, vorge-tragen hier im Parlament, in jedem Fall so ernst genommen hät-ten, wie es notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei F.D.P. und PDS)

Neben den Nachbesserungen, die erzielt wurden, hätten wir uns zum Beispiel noch gewünscht, die Betreuung älterer und pflegebedürftiger Bürger und daher den Fortbestand und Aus-bau entsprechender Sozialeinrichtungen vertraglich zu gewähr-leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Davon unbenommen steht natürlich fest, daß die Schaffung des Einigungsvertrages eine beachtliche Leistung darstellt, wenn man Zeitrahmen, Arbeitspensum, Engagement und Er-gebnis betrachtet.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der F.D.P. versichert den Besetzern der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße ihre Sympathie und ihre Unterstützung, was das Grundanliegen der Besetzer angeht.

(Vereinzelt Beifall)

Wir stellen uns um so entschiedener an ihre Seite, als mehrere Abgeordnete der F.D.P.-Fraktion direkte Opfer der Staatssicher-heit waren und sich heute Angriffen von seiten derjenigen aus-gesetzt sehen, die damals mit dem MfS auf das engste zu-sammenwirkten. Und lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich erklären:

1. Der Kompromiß über den Verbleib der Stasi-Akten und über den Umgang mit diesen Akten im Einigungsvertrag wird von der F.D.P.-Fraktion akzeptiert.